№ 273. Freitag, den 22. November. 1872.

Abonnementspreise: Im deutschen Reiche: Jährlich . . . . 6 Thlr. ½jährlich: 1 Thlr. 15 Ngr. Einzelne Nummern: 1 Ngr. | In Preußen tritt jährlich 2 Thlr Stempelgebühr, außerhalb des deutschen Reiches Post- und Stempelzuschlag hinzu.

Inseratenpreise: Für den Raum einer gespaltenen Zeile: 1½ Ngr. Unter „Eingesandt" die Zeile: 3 Ngr.

Erscheinen: Täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage, Abends für den folgenden Tag.

Dresdner Journal.

Verantwortlicher Redacteur: J. G. Hartmann.

Inseratenannahme auswärts: Leipzig: Fr. Brandstetter, Commissionär des Dresdner Journals; ebendas.: H. Engler, Eugen Fort u. B. Freyer; Hamburg-Berlin-Wien-Leipzig-Basel-Breslau-Frankfurt a. M.: Haasenstein & Vogler; Berlin-Wien-Hamburg-Frankfurt a. M.-München: Rud. Mosse; Berlin: A. Retemeyer, H. Albrecht; Bremen: E. Schlotte; Breslau: L. Stangen's Büreau u. E. Jenke; Frankfurt a. M.: E. Jaeger'sche u. J. C. Herrmann'sche Buchh., Daube & Co.; Prag: Fr. Ehrlich's Buchh.; Chemnitz: Fr. Voigt; Paris: Havas, Laffite, Bullier & Co.; Wien: Al. Oppelik; Stuttgart: Daube & Co.

Herausgeber: Königl. Expedition des Dresdner Journals, Dresden, Margarethengasse No. 1.

Amtlicher Theil.

Dresden, 21. November. Seine Königliche Hoheit der Prinz Gustav von Wasa ist heute Nachmittag 3 Uhr nach Bamberg abgereist.

Dresden, 16. November. Se. Königliche Majestät haben zu genehmigen geruht, daß der ordentliche Professor der Astronomie und Director der Sternwarte zu Leipzig Dr. phil. Karl Bruhns das ihm von Sr. Majestät dem Kaiser von Oesterreich verliehene Ritterkreuz des Franz Joseph-Ordens annehme und trage.

Nichtamtlicher Theil.

Uebersicht.

Telegraphische Nachrichten.
Tagesgeschichte. (Dresden. Berlin. Posen. Hannover. Rendsburg. Weimar. Karlsruhe. Darmstadt. Wien. Prag. Innsbruck. Olmütz. Pesth. Paris. Rom. London. Stockholm.)
Dresdner Nachrichten.
Provinzialnachrichten. (Leipzig. Glauchau. Crimmitschau. Oelsnitz. Meißen. Wurzen.)
Statistik und Volkswirthschaft.
Eingesandtes.
Feuilleton. Inserate. Tageskalender. Börsennachrichten.

Erste Beilage.
Betriebsübersicht der k. Staatseisenbahnen vom Monat September d. J.
Inserate.

Zweite Beilage.
Ernennungen, Versetzungen ꝛc. im öffentl. Dienste.
Dresdner Nachrichten.
Vermischtes.
Statistik und Volkswirthschaft.
Feuilleton.
Inserate.

Extrabeilage.
Landtagsverhandlungen.

Telegraphische Nachrichten.

Karlsruhe, Mittwoch, 20. November, Abends. (W. T. B.) **Die Besserung in dem Befinden des Kronprinzen des deutschen Reichs schreitet, wie die „Karlsruher Zeitung" meldet, gleichmäßig fort, und ist derselbe schon gestern im Stande gewesen, den größeren Theil des Tages außer Bett zuzubringen.**

Pesth, Mittwoch, 20. November, Abends. (Corr.-Bur.) **Der Deakclub beschloß die Einbringung eines Antrags auf die Revision der Hausordnung behufs Hintanhaltung einer Verletzung der Würde des Abgeordnetenhauses.** (Vgl. unter „Tagesgeschichte".)

Rom, Mittwoch, 20. November, Abends. (Corr.-Bur.) **In der heutigen Sitzung der Deputirtenkammer legte der Ministerpräsident Lanza einen Gesetzentwurf über das Kerkermeisterpersonal und die Statistik der öffentlichen Sicherheit vor und constatirte die von der Regierung ergriffenen Maßregeln wegen Entschädigung der Ueberschwemmten. Auf eine Interpellation Oliva's erklärt Lanza, daß die öffentliche Sicherheit, namentlich betreffs des Verbrechens des Todtschlags, sich bessere. Der Justizminister legt den Gesetzentwurf über die religiösen Körperschaften vor. Die Kammer genehmigt sodann einige administrative Rechnungsabschlüsse.**

Rom, Mittwoch, 20. November, Abends. (W. T. B.) **Die „Italie" meldet: Der Gesetzentwurf, betreffend die Aufhebung der religiösen Körperschaften, bestimmt, daß die wegen Aufhebung derselben in Italien, resp. Convertirung der Gütereinkünfte in Rente geltenden Bestimmungen auch in der Provinz Rom gelten sollen. Die Stiftungsgelder bleiben erhalten, dürfen aber nicht vermehrt werden. Die eingezogenen Güter bleiben für milde und wohlthätige Zwecke conservirt. Die Güter der religiösen Körperschaften in der Stadt Rom werden in unveräußerliche Rente convertirt. Die Generalatshäuser bleiben bestehen, genießen aber nicht die Rechte einer juristischen Person. Die Liquidation der Pensionen erfolgt binnen Jahresfrist.**

Tagesgeschichte.

Dresden, 21. November. Die Erste Kammer vollendete in ihrer heutigen Sitzung die Berathung des Volksschulgesetzentwurfes. Eine Discussion entstand nur bei § 38, zu welchem die Majorität der Deputation nachträglich vorschlug, die Staatsregierung bis Ostern 1878 — bis zu welcher Zeit auf Wunsch des Staatsministers Dr. v. Gerber die Uebergangszeit verlängert wurde — zu ermächtigen, in dringenden Fällen von der Bestimmung des § 2 Abs. 2, wonach in einer Klasse der einfachen Volksschule nicht mehr als 60 Schüler vorhanden sein und einem Lehrer nicht mehr als 120 Kinder zum Unterrichte zugewiesen werden sollen, zu dispensiren. Die Kammer genehmigte gegen 2 Stimmen diese Ermächtigung, nachdem Staatsminister Dr. v. Gerber erklärt hatte, daß die Staatsregierung von derselben nur in den allerdringendsten Fällen Gebrauch machen werde. In der nach Beendigung der Berathung vorgenommenen vorläufigen Abstimmung wurde der Entwurf nach den gefaßten Beschlüssen gegen 2 Stimmen genehmigt. In der nächsten Sitzung, welche voraussichtlich Mitte nächster Woche stattfinden wird, soll mit Berathung des Organisationsgesetzes begonnen werden.

In der heutigen Sitzung der Zweiten Kammer begründete der Abg. Ludwig zunächst folgende Interpellation:

„Wird die Staatsregierung noch dem gegenwärtigen Landtage
1) eine Vorlage wegen Abänderung der Taxordnung für die Advocaten,
2) eine Vorlage wegen der von den Kammern gewünschten Abänderung des § 19 der Advocatenordnung
zugehen lassen?"

Staatsminister Abeken verneinte beide Fragen, und zwar die zweite aus dem Grunde, weil nur dann den Sachwaltern gestattet werden könne, die in ihren Expeditionen arbeitenden Rechtscandidaten zur Unterzeichnung von Parteischriften im Namen der Sachwalter zu ermächtigen, wenn die advocatorische Praxis vollständig frei gegeben und nicht an die Voraussetzung einer bestandenen Prüfung geknüpft würde. Bezüglich der erstern bemerkte der Minister, daß das Verhältniß der Taxen zu den streitigen Werthobjecten durch die Verminderung des Geldwerthes nicht tangirt werde, es aber auch nicht räthlich sei, am Vorabend des Erscheinens einer neuen Proceßordnung, welche jedenfalls auch eine neue Taxordnung mit sich bringen werde, mit einer Revision der jetzigen Taxordnung vorzugehen. — Die Kammer setzte sodann die Berathung der Steuerreform fort. Die Discussion erstreckte sich zunächst auf die Anträge der Majorität der Deputation, an Stelle der gegenwärtigen Grundsteuer, sowie der Gewerbe- und Personalsteuer eine allgemeine Klassen- und Einkommensteuer, oder, wie Abg. Dr. Rentzsch vorschlägt, lediglich eine allgemeine Einkommensteuer einzuführen, und der Minorität, an Stelle der Gewerbe- und Personalsteuer, sowie zum Ersatze eines Theiles der bisherigen Grundsteuer eine allgemeine Klassen- und Einkommensteuer einzuführen, die Grundsteuer aber bis zu einer nach gewissen Normen zu bestimmenden Höhe, jedoch frei von Zuschlägen, wenigstens bis auf Weiteres, beizubehalten. Im Laufe der Debatte wurde eine Mehrzahl von Stimmen laut, welche allen diesen Anträgen opponirten und sich, vor radicalen Neuerungen auf dem Gebiete des Steuerwesens warnend, für eine Revision des bestehenden Steuersystems unter Beibehaltung der Grundlagen desselben und zum Zwecke der Ausgleichung der ihm anhaftenden Ungleichheiten und Härten, aussprachen. Es waren dies der Vicepräsident Streit, die Abgg. Kürzel, Krause, Penzig: die beiden Letztern brachten Anträge in diesem Sinne ein, der Abg. Penzig in Form eines Amendements zu dem Minoritätsvotum, wonach eine allgemeine Klassen- und Einkommensteuer an Stelle eines Theiles der Gewerbe- und Personalsteuer und zum Ersatz eines Theiles der Grundsteuer einzuführen wäre. In diesem Antrage begrüßte der Finanzminister Frhr. v. Friesen den Weg zu einer für die Regierung annehmbaren Lösung: ihre Bedenken gegen die Einführung der Einkommensteuer minderten sich in demselben Grade, als der durch dieselbe aufzubringende Theil des Staatsbedarfs reducirt werde; werde dieser Antrag angenommen, so wachse seine Hoffnung, dem nächsten Landtage einen nach allen Seiten befriedigenden Gesetzentwurf vorlegen zu können. Die Referenten der Majorität und Minorität, Abgg. Dr. Rentzsch und Jordan riethen dagegen zu Ablehnung eines Antrags, dessen Tragweite sich im Augenblicke nicht übersehen lasse. Die Abstimmung ergab das Resultat, daß alle vorliegenden Anträge — der Abg. Krause hatte den seinigen zu Gunsten des Penzig'schen zurückgezogen, über den auf Einführung einer allgemeinen Klassen- und Einkommensteuer an Stelle der Gewerbe- und Personalsteuer und der Grundsteuer gerichteten Antrag der Majorität wurde nun unter Vorbehalt der Abstimmung über die Worte „Klassen- und" bis zu Punkt 10 der Deputationsvorschläge abgestimmt — abgelehnt wurden. Ueber die weitere geschäftliche Behandlung der Sache erhob sich eine längere Debatte, ein Antrag auf Zurückverweisung derselben an die Deputation wurde, nachdem auch der Finanzminister darauf aufmerksam gemacht hatte, daß dieser Weg kaum mit der Verfassung im Einklang sein werde, abgelehnt, so daß nun die weiteren Vorschläge der Deputation nicht zur Berathung gelangen, die ganze Angelegenheit vielmehr, so wie sie liegt, an die Erste Kammer geht.

* **Berlin**, 20. November. Se. Majestät der Kaiser ist, nachdem Allerhöchstderselbe gestern auch im Revier Colbitz eine Jagd abgehalten, heute Vormittag aus Letzlingen hierher zurückgekehrt. Nächsten Montag wird große Hofjagd in der Göhrde stattfinden. — Durch die zahlreiche Betheiligung an der Wiener Weltausstellung ist die Generaldirection in Wien zu dem Beschlusse veranlaßt worden, für die Unterbringung der Erzeugnisse in Gruppe 2 „Land- und Forstwirthschaft und Gartenbau", sowie in Gruppe 4 „Nahrungs- und Genußmittel als Erzeugnisse der Industrie" besondere Baulichkeiten zu errichten. Innerhalb derselben ist dem deutschen Reiche ein Flächenraum von 1500 Quadratmetern überwiesen. Die Vertheilung dieses Raumes unter die Aussteller und die Bearbeitung des Ausstellungsplanes ist durch Beschluß der deutschen Centralcommission der speciellen Leitung des Professors Dr. Thiel an der polytechnischen Schule in München unterstellt worden. Nachdem von den zuständigen Behörden des Königreichs Bayern die erforderliche Genehmigung ertheilt worden ist, hat der Prof. Dr. Thiel nunmehr die ihm übertragenen Arbeiten übernommen. — Im Dienstgebäude des Reservelandwehrbataillons fand gestern Nachmittag die feierliche Enthüllung der vom Offiziercorps des Bataillons gestifteten Gedenktafel für die im Kriege 1870 bis 1871 gefallenen Kameraden statt. Der lorbeerumkränzte Denkstein, welcher die Mitte der westlichen Saalwand einnimmt, besteht aus schwarzem Marmor und zeigt in goldenen Lettern die Namen der gefallenen 34 Offiziere. Gleichzeitig wurde auch das Bildniß des Kaisers und Königs enthüllt, welches Se. Majestät dem Regiment vor Kurzem geschenkt hat. — Aus Anlaß der in Betreff des muthmaßlichen Raubes der Anna Böckler schwebenden gerichtlichen Untersuchung und der aus dem Ergebniß derselben bereits mitgetheilten Thatsachen ist nunmehr an die sämmtlichen Bezirksregierungen die Aufforderung ergangen, die Landräthe und Ortspolizeibehörden anzuweisen, in Zukunft aufs Strengste darauf zu halten, daß fremde Landstreicher unnachsichtlich, nöthigenfalls unter Anwendung der gesetzlichen Zwangsmittel, über die Grenze zurückgewiesen, inländische Personen aber, welche domicillos umherziehen und unberufen Gewerbe treiben, unfehlbar zur Strafe gezogen werden.

— Die „K. Z." hatte vor einiger Zeit gemeldet, daß Verhandlungen zu einem Vertrage zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten von Nordamerika zum Schutze der Auswanderer eingeleitet seien. Diese Angelegenheit ist jetzt, nachdem die Interessen der amerikanischen Staatsmänner nicht mehr ausschließlich durch die Präsidentenwahl in Anspruch genommen sind, wieder in Fluß gekommen. Die technischen Schwierigkeiten hinsichtlich der wünschenswerthen Einrichtungen der Schiffe zur Verhütung von Wiederholungen so beklagenswerther Vorfälle, wie sie mit dem bekannten Auswanderungsschiff „Leibnitz" stattgefunden haben, sind jetzt, wie dasselbe rheinische Blatt erfährt, durch gemeinsame Verständigung gehoben. Dagegen haben die Fragen über die Competenz der mit der Beaufsichtigung in den beiderseitigen Häfen zu betrauenden Behörden noch zu weiteren Verhandlungen geführt, deren Abschluß wohl noch einige Zeit auf sich warten lassen wird.

S. **Berlin**, 20. November. **Das Abgeordnetenhaus trat heute in die erste Lesung der Kreisordnung ein; es hatten sich 12 Redner für und 12 gegen die Vorlage gemeldet. Zunächst ergreift Abg. Szumann das Wort, um zu constatiren, daß ihm und seinen Freunden die Ausschließung der Provinz Posen (§ 182) unmöglich mache, für das Gesetz zu stimmen;** Redner erging sich in den bekannten Klagen über Beeinträchtigung der polnischen Nationalität. Der freiconservative Abg. v. Blanckenburg sprach sich für die Vorlage aus, die er als einen Bruch mit dem Feudalismus und mit der Bureaukratie charakterisirte, und suchte einige im Lande nicht richtig verstandene Bestimmungen des Entwurfs zu erläutern. Herr v. Mallinckrodt sprach gegen das Gesetz, welches seiner Ansicht nach in den realen Verhältnissen des Landes keine feste Grundlage habe; ein unübersteigliches Hinderniß der Annahme sei aber die ungerechte Ausschließung der Polen. Schließlich protestirte der Redner gegen die Vergewaltigung des Herrenhauses. Hierauf erwiderte der Minister des Innern, Graf zu Eulenburg, indem er zunächst constatirte, daß auch der Vorredner eine Abweichung von der Grundlage der realen Verhältnisse, auf welcher die Regierung sich bemüht habe, den Entwurf aufzubauen, nicht nachgewiesen habe. Gegenüber dessen Hauptbedenken wegen der Ausschließung Posens erklärte der Minister, daß die Regierung es nicht für ihre Aufgabe halten könne, durch die Einführung der die freieste Gestaltung des politischen Lebens gestattenden Selbstverwaltung in einer Provinz, die dafür noch nicht

Feuilleton.

(Redigirt von **Otto Banck.**)

Dresden. Die beiden Eckzimmer der k. Gemäldegalerie, in welchen die Sixtini'sche Madonna Raphael's und die Holbein'sche Madonna aufgestellt sind, hatten im Laufe des vorigen Jahres neue, aus einer großen Spiegelscheibe bestehende Fenster erhalten. Je günstiger diese volle Beleuchtung für die Sixtina sich erwies, um so mehr machte sich das Bedürfniß geltend, die Färbung des ganzen Zimmers an Decke und Wandfläche mit der Architektur des altarähnlichen Bilderrahmens in Einklang zu bringen und durch dunklere Abtönung dieser Theile sowohl die farbige Bildfläche als den hellsten Gegenstand im Gesichtskreis des Beschauers hervortreten zu lassen, als auch jedes Spiegeln des Frieses im oberen Theile der Bildglasfläche zu verhindern. — Im Laufe des Sommers ist diese neue Wanddecoration nach der Idee des Herrn Galeriedirectors Prof. Dr. Hübner zur Ausführung gebracht worden, dessen Skizze, von Herrn Hofmaler Choulant in Zeichnung ausgeführt und architektonisch durchgebildet, von Herrn Maler Holzhauer (bei Herrn Hofmaler Lankan) in Oelfarbe auf Leinwand gemalt wurde. Seit der Wiedereröffnung der Galerie ist die fertige Decoration an Ort und Stelle angebracht und hat sich, im Verein mit der bereits früher erfolgten Abtönung und dem theilweisen dunkleren Anstrich des Goldrahmens, den das Bild seitwärts umgebenden Vorhängen, der Erhöhung des Untersatzes und der weiter rückwärts und mehr senkrecht gegen die Fensterwand erfolgten Aufstellung des Bildes als eine wesentliche Verbesserung der Umgebung dieses herrlichen Werkes bewährt.

Rundschau über Theater und Musik.

*† In Kassel tagten neuerdings zwei Versammlungen, welche sich mit Bühnenangelegenheiten beschäftigten. Am 9. d. fand daselbst die vom Director des Nürnberger Stadttheaters, Herrn Reck, angeregte Conferenz von Directoren deutscher Privattheater statt, welche sich vor Allem mit der Autorenfrage beschäftigte. Man einigte sich dahin, daß Herr Reck im Auftrage der betheiligten Directoren mit einzelnen bestimmten Componisten, mit dem Vorstande der Genossenschaft dramatischer Autoren und der Rechtsnachfolger dramatischer Autoren wegen einer befriedigenden Lösung dieser Angelegenheit sich ins Vernehmen setzen solle. Ferner wurde der Wunsch ausgesprochen, daß der deutsche Bühnenverein die Angelegenheit ebenfalls in die Hand nehmen möchte. — Am 11. wurde ebenfalls in Kassel die Generalversammlung des deutschen Bühnenvereins eröffnet und währte drei Tage. Von 180 von dem Vereine abzugebenden Stimmen waren über 160 vertreten. Die Oeffentlichkeit war bei den Verhandlungen ausgeschlossen. Dem Vernehmen nach läßt sich aber aus diesen Verhandlungen ein günstiges Prognostikon für die Verhältnisse der deutschen Bühnen stellen. Bezüglich der Autorenfrage wurde die gemeinschaftliche Vertretung dieser Angelegenheit beschlossen und eine Commission ernannt, welche die Verhandlungen mit der Genossenschaft dramatischer Autoren in Leipzig führen soll. In diese Commission wurden gewählt die Herren Baron v. Loën, Reck und Woltersdorff. Ferner beschloß die Generalversammlung, mit der Genossenschaft deutscher Bühnenangehörigen wegen Schaffung eines neuen obligatorischen Contractformulars bei Engagementsverträgen in Verbindung zu treten, welche Verhandlungen noch vor der nächsten Delegirtenversammlung im December dieses Jahres erledigt werden müssen. Schließlich erfüllte die Versammlung noch einstimmig eine Ehrenpflicht gegen den Vorsitzenden, den Generalintendanten v. Hülsen, der sich durch sein außerordentliches Entgegenkommen, seine herzliche Liberalität und liebenswürdige Freundlichkeit die Herzen Aller gewonnen, indem sie ihm ein besonderes Vertrauensvotum gegenüber den Angriffen in der Schrift Köberle's aussprach — Angriffe, deren Haltlosigkeit und Ungerechtigkeit, wie man der „Allg. Ztg." schreibt, sich nach allen Seiten hin erwiesen hatte. Damit sind auch alle Gerüchte von einem Rücktritt des also Geehrten vom Präsidium des Bühnenvereins widerlegt. — Die „unreifen Reformprojecte" des neuen Directors des Hoftheaters zu Karlsruhe, des Herrn Georg Köberle erfahren übrigens auch bereits in der Presse lebhafte Angriffe. Ein unangenehmer Schlag für die neue Direction war es, daß der mit trefflicher Stimme begabte Bassist Speigler, wie der Theaterzettel sagt, contractbrüchig durchgegangen ist, à la Lucca. Er soll sogar von derselben Gesellschaft engagirt sein. Die „Karlsr. Ztg." widmet dem „ursprünglichen Buchbindergesellen, der nichts mitbrachte, als eine gute Stimme, in den Chor aufgenommen und mit unendlicher Mühe so weit gebildet wurde, daß er zur Zeit einige wenige Rollen zu geben vermag", und welcher auch den „Kassenbeamten" des großherzoglichen Hoftheaters „nicht geringere Mühe, als seinen Instructoren" gemacht haben soll, einen larmoyanten Nachruf. Zum zweiten Kapellmeister für die Karlsruher Hofbühne ist, nachdem Alois Schmitt sich entschlossen hat, auf seinem Schweriner Posten auch ferner zu verbleiben, der als Componist vortheilhaft bekannte Musikdirector Max Zenger von München berufen worden. — Das siebente Gewandhausconcert in Leipzig brachte zwei neue Werke von dortigen Musikern: eine in streng kanonischem Satze gehaltene, „trefflich klingende" Serenade für Orchester von S. Jadassohn und ein „musikalisch sinnig empfundenes und gearbeitetes" Clavierconcert in E-moll von C. Reinecke. — Wie aus Berlin gemeldet wird, konnte der große Schillerpreis, den die k. preußische Regierung bei der Schillerfeier 1859 für die besten deutschen Dramen gestiftet hat und der alle drei Jahre vertheilt wird, diesmal keinem neuern dramatischen Werke zuerkannt werden. Den Statuten gemäß wird nun nach Verlauf der nächsten dreijährigen Periode, welche die Jahre 1872 bis 1874 umfaßt, der Geldpreis für das alsdann gekrönte Werk verdoppelt, oder es sind geeignetenfalls zwei Preise zu ertheilen. Bei längerm Mangel an preiswürdigen Werken kann auf Antrag der Commission eine dem Preise gleichkommende Geldsumme auf eine oder die andere Weise zur Anerkennung oder Förderung deutscher Dichtkunst verwendet werden. Der einfache Preis beträgt 1000 Thlr. Gold nebst einer goldenen Denkmünze im Werthe von 100 Thlr. Gold. — „Tristan und Isolde" wird nun doch nicht im k. Opernhause zu Berlin aufgeführt werden, weil Rich. Wagner die Genehmigung dazu verweigert oder, wie andererseits behauptet wird, an unmöglich zu erfüllende Bedingungen geknüpft hat. — Am 19. d. M. eröffnete Fräul. Marie Chmelick, eine Schülerin des Altmeisters Wieck, zur Zeit am Altenburger Hoftheater engagirt, als Marie in „Zar und Zimmermann" ein Gastspiel im Opernhause und fand eine recht günstige Aufnahme. Der Musikreferent der „N. Pr. Z." rühmt die „natürlichen und künstlerischen Gaben" der Sängerin und sagt: „Ist ihre Stimmkraft auch im Verhältniß zu dem großen Opernhause nicht von hervorragender Bedeutung, so erschien sie doch für die Aufgabe der Marie ausreichend. Die Intonation klang rein, und ihr gewandter Vortrag wurde durch ein leb-